



Verband Berlin-Brandenburgischer  
Wohnungsunternehmen e.V.

## "OHNE FINANZHILFEN KEIN ABRISS, OHNE ABRISS KEINE STADTENTWICKLUNG"

01.06.2010      Fachinformation

Die Lösung der Altschulden-Frage ist für den Stadtumbau – und damit für die Zukunft der ostdeutschen Städte – von existentieller Bedeutung. Um ihr Nachdruck zu verleihen, werden in den kommenden Wochen 37 BBU-Mitgliedsunternehmen aus 24 brandenburgischen Städten lokale Pressekonferenzen organisieren, um der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, welche Folgen ein Erliegen des Stadtumbaus ganz konkret für ihre Stadt hätte. Den Anfang der Aktion machten am 2. Juni die die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH und die Wohnungsbaugenossenschaft Frankfurt (Oder) eG. Beide Unternehmen berichteten in einer Sitzung des städtischen Finanz- und des Stadtentwicklungsausschusses sowie in einer Presse-Erklärung über ihre weiteren Pläne bezüglich der Fortsetzung des Stadtumbaus in der Oderstadt. Ihre Erklärung geben wir nachfolgend im Wortlaut wieder: "Die Bilanz der ersten Etappe des Stadtumbaus bis 2010 zeigt, dass die Fördergrundlagen eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Stadtumbau sind. Die WOWI und die WohnBau haben die Bedingungen für die Förderung erfüllt und konnten so den Prozess positiv begleiten. Die Leerstandquote betrug in beiden Unternehmen im Jahr 2003 durchschnittlich 24,15 Prozent. Bis zum 31. Dezember 2009 sank der Leerstand auf 13,5 Prozent. Die Zielsetzung, max. zehn Prozent Leerstand im dauerhaften Bestand zu haben, konnte nicht erreicht werden. Der Bevölkerungsrückgang in Frankfurt (Oder) ist weiter ansteigend. Ohne den bisherigen Rückbau würde der Leerstand heute 39 Prozent betragen. Die zweite Etappe des Stadtumbaus unter Berücksichtigung des INSEK 2009 erfordert einen weiteren Rückbau von Wohnungen in der Stadt Frankfurt (Oder). Es sind mindestens 1.372 Wohnungen über das Rückbaupotential der STUK III hinaus zurückzubauen. Die Fortführung des Förderprogramms 'Stadtumbau Ost' und die Anschlussregelung für die Altschulden sowie Regelungen zur Neuschuldenentlastung sind ein wichtiger Baustein für den weiteren Bestand der Wohnungsunternehmen in der zweiten Etappe des Stadtumbaus. Ohne die entsprechenden Finanzhilfen müssen die Objekte stillgelegt werden, ein Abriss kann nicht erfolgen, die Stadtentwicklung bleibt aus. Jeder leer stehende Quadratmeter Wohnfläche kostet den Unternehmen für die Bewirtschaftung einschließlich Kapitaldienst ca. 53 Euro/Jahr. Dieses Geld wird dringend für die Instandsetzung und Modernisierung der Wohnungen im dauerhaften Bestand benötigt, um die Marktfähigkeit der Unternehmen zu gewährleisten."

<https://bbu.de/beitraege/ohne-finanzhilfen-kein-abriss-ohne-abriss-keine-stadtentwicklung>